

**Eine menschliche Gesellschaft benötigt soziale Gerechtigkeit!
Aufruf für ein soziales und friedliches Europa!
Stoppt Bolkestein!**

Vorschlag für eine gemeinsame Plattform des Aktionsbündnisses „Für ein soziales und friedliches Europa!“:

Eine fortlaufende Absenkung der Standards für Entlohnung, Arbeitsbedingungen, soziale Absicherung, Umwelt- und Verbraucherschutz kommen auf uns alle zu, als Auswirkung der EU-Dienstleistungs-Richtlinie (Bolkestein-Richtlinie) und des damit verbundenen Herkunftslandprinzips. Die entscheidende Abstimmung über diese Richtlinie findet voraussichtlich im Plenum des Europäischen Parlaments, in der 3. Februarwoche 2006 statt. Aktuell haben sich die liberalen und konservativen Kräfte mit der Festlegung der Richtlinie auf das Herkunftslandprinzip durchgesetzt. Das bedeutet, dass Firmen, die Dienstleistungen in einem anderen Land erbringen, nur den gesetzlichen Regelungen und Lohnbedingungen ihres Herkunftslands unterliegen. Tariflich entlohnte Arbeitsplätze können von den Konzernen massenhaft durch Billigjobs ersetzt werden.

Sollte dieser Entwurf demnächst Gesetzeskraft erlangen, würden auf einen Schlag drei Viertel der gesamten EU-Wirtschaft liberalisiert. Denn unter Dienstleistungen werden sämtliche freien Berufe gefasst, wie Wirtschaftsprüfer, Architekten oder Rechtsanwälte, aber auch der öffentliche Dienst und die freien Träger der Wohlfahrtspflege fallen darunter. Verschont bleiben nach dem Stand der Dinge nur der Gesundheitssektor sowie hoheitliche Funktionen der jeweiligen Mitgliedsstaaten. Selbst die obligatorische Registratur einer Geschäftsaufnahme will die Kommission verbieten, so dass mit dem so genannten "Herkunftslandprinzip" eine effektive Wirtschaftsaufsicht in der Europäischen Union quasi außer Kraft gesetzt wird. Künftig könnte sich jedes Unternehmen durch die Verlagerung seines Sitzes oder die simple Gründung einer Briefkasten-Firma im EU-Ausland lästiger inländischer Auflagen entledigen.

Weitere Informationen oder Kontakt können Interessenten unter folgenden Adressen bekommen:

**V.i.S.d.P. Peter Rauscher, Holbeinstr. 32, 72622 Nürtingen
Email: P.Rauscher@ntz.de**

**Thomas Bangemann, UHlandstr. 25, 72667 Schlaibach,
Tel. 0 71 27 / 92 27 43,
Email: th.bm@gmx.net**

Nationale Gesetze, Vorschriften und tarifliche Rechte werden zu einem erheblichen Teil außer Kraft gesetzt. In dieser Zeit des gesteigerten internationalen wirtschaftlichen Wettbewerbs, hat dies zur Folge, dass dadurch die Standards in allen betroffenen Bereichen abgesenkt werden. In der Konsequenz werden dadurch Arbeitsplätze in Ländern mit hohen Standards vernichtet. Auf Deutschland, mit seiner stagnierenden Nachfrage im Binnenmarkt, kämen weitere schwere Belastungen zu.

Weiter sind wir der Meinung, dass mehr soziale Gerechtigkeit und eine gerechtere Beteiligung an den Ergebnissen der Produktivität, durch Bezieher unterer und mittlerer Einkommen, auch eine Voraussetzung für ein friedliches Europa darstellen.

Ein friedliches Europa wird mittel- und langfristig durch Glaubwürdigkeit und präventive Friedenspolitik erreicht: Interessenausgleich zwischen den Nationen und wirtschaftliche Förderung der unterentwickelten Länder. Aufrüstung und militärische Aktionen wie in Afghanistan und der schmutzige Krieg der USA gegen den Terrorismus, führen nicht zum Ziel. Dies lehnen wir ab.

Die Unterzeichner setzen sich für ein friedliches und soziales Europa ein, dessen Entwicklung sich an den höchsten Standards seiner Bürger/innen orientiert, bei:

- Arbeitsbedingungen, Entlohnung und sozialer Sicherung
- Umwelt- und Verbraucherschutz
- Bildung und Investitionen in die Zukunft

Privatisierung von öffentlichen Aufgaben der Daseinsvorsorge lehnen wir ab. Sie dienen nur der kurzfristigen Gewinnmaximierung, zerstören gesellschaftliche, soziale Strukturen und vernichten die sozialversicherungspflichtigen Vollarbeitsplätze.

Deshalb werden wir uns an den Protestaktion gegen die EU-Dienstleistungsrichtlinie (Bolkestein-Richtlinie) beteiligen und rufen neben vielen Organisationen zum Europäischen Protesttag und zur Großdemonstration am 11. Februar 2006 in Straßburg auf.

Diese Plattform unterstützen schon:

Attac Nürtingen, Linkes Forum Nürtingen, WASG Kreisverband Esslingen, Peter Rauscher (Gemeinderatsmitglied Nürtingen der alternativen Gruppierung „Nürtinger Liste/Grüne“) und weitere Einzelpersonen: ...